

René Schindler
Produktionsgewerkschaft
rene.schindler@proge.at

Strategische Allianzen zwischen Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen: Eine Chance zur Wiedergewinnung ideologischer Hegemonie und praktischer politischer Durchsetzungskraft?

1. Rückblick:

Die Entstehungsgeschichte der meisten, insbes. ökologischen NGOs umfasst einen scharfen Konflikt mit den Gewerkschaften: Ob der Kampf um saubere Abwässer und Abluftfilteranlagen ab den späten 70ern, der Konflikt um Zwentendorf, Hainburg, - immer befand sich die Zivilgesellschaft nicht nur in Auseinandersetzung mit Unternehmen und deren Verbänden, sondern auch mit Betriebsräten und Gewerkschaften. Die Drohung der Bauarbeiter-Gewerkschaft, die Stopfenreuther Au selbst zu "räumen", sollte die Regierung weiter zögern und der anschließende Gendarmereieinsatz gegen die Besetzer markiert nur einen Höhepunkt dieser Geschichte der Konfrontationen.

Das Bild hat sich gewandelt: Gewerkschaften haben erkannt dass das Festhalten an alten Konzepten wenig Perspektive hat. Sie konnten erleben, dass die jahrelange (heute verlorene) Umwelttechnologie-Führerschaft Österreichs, eine Folge sztl vorbildlicher Umweltstandards, viele Arbeitsplätze gebracht hat. Neue NGOs sind entstanden, die wie zB attac und die meisten globalisierungskritischen politischen Initiativen, stets die Gewerkschaften als natürlichen Bündnispartner hatten. Heute sind ua global2000 und die Gewerkschaft Bau-Holz Partner der Initiative „Umwelt und Bauen“; die Gewerkschaft vida und der VCÖ engagieren sich Hand und Hand für den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel; greenpeace, vida und die EVN beauftragen gemeinsam das IHS mit einer Studie zur Energiezukunft; und die Allianz "Wege aus der Krise" bildet gar ein systematisches und tendenziell alle Themen umfassendes Bündnis von 11 Organisationen: greenpeace, global 2000, attac, Armutskonferenz, KAB, SOS-Mitmensch, ÖH und vier Gewerkschaften (vida, pro-ge, Gemeindebedienstete, gpa-djp).

Den Weg geebnet haben themenzentrierte Bündnisse, die primär internationale Aktivitäten betrafen (clean cloth, fairtrade, Sozialforen,), aber ebenso lokale Aktionen oder enge Themenfelder, zu denen von Anfang an gemeinsame Positionen bestanden (arbeitsfreier Sonntag, ...). Machen die neuen Allianzen Sinn, und wenn ja, unter welchen Randbedingungen können sie erfolgreich sein? Ergänzen die PartnerInnen einander tendenziell in sinnvoller Weise oder stehen sie strukturell eher zueinander in Widerspruch? Kurz: Ist es sinnvoll diese Entwicklung, ggf wie, voran zu treiben oder muss sie eher als Eintagsfliege betrachtet werden? Ich beschränke die Überlegungen im weiteren

bewusst auf die österreichische Situation, die ich besser überblicke. Natürlich stellen sich die selben Fragen (erst recht) auf internationaler Ebene.

2. Ausgangslage:

Gewerkschaften leiden traditionell unter einem Theorie-Defizit, sind alltagsorientiert und in ihrem Handeln von pragmatischer Beliebigkeit geprägt. Ihre Glaubwürdigkeit im fachlichen und politischen Diskurs ist beschränkt. Ihre politische Macht erodiert ebenso wie die Mitgliederzahl. Der wirtschaftliche Strukturwandel hin zu kleineren operativen Einheiten, die schwer organisierbar sind, zugleich aber in Konzernen oder anderen wirtschaftlichen Geflechten zusammengeschlossen sind, sodass die lokalen Ansprechpartner oft über wenig Entscheidungsfreiheit verfügen, unterläuft die traditionellen Aktionsformen. Die Tendenz zur Präkarisierung (Leiharbeit, Teilzeitarbeit, ...) ist ungebrochen. Andererseits ist ihr „alltäglicher“ politischer Einfluss hoch (GewerkschaftsvertreterInnen in der Sozialversicherung, ...; informelle politische Mitentscheidungsrechte in der Sozialpolitik) und sie verfügen über einen funktionierenden Apparat. Sie können im Wege der Arbeiterkammern wissenschaftliche Expertise nützen und, wenn sie sich zu kampagnenhaft organisierter Aktivität entschließen, die Mitglieder idR gut erreichen und mobilisieren (zB Widerstand gegen die „Pensionsreform“ 2003).

Organisationen der Zivilgesellschaft, insb NGOs aus dem ökologischen Bereich aber auch solche mit (wirtschafts)politischen Anliegen (Attac), erreichen idR ArbeitnehmerInnen schlecht, bzw. nur solche mit Matura/Uni-Ausbildung. Ihre Bewusstheit für die Lebens- und Arbeitsbedingungen insb von ArbeiterInnen ist marginal. Ihre Arbeit ist mangels ausreichender ökonomischer Mittel diskontinuierlich, ihre fachliche und politische Expertise auf begrenzte Themenfelder beschränkt und Öffentlichkeit nur auf diesen Feldern erreichbar. Andererseits sind sie dort weithin geschätzte und bei Medien-MitarbeiterInnen beliebte Akteure, genießen hohe Glaubwürdigkeit und haben oft individuellen Zugang zu wichtigen politischen EntscheidungsträgerInnen. Ihr Potential zur „Elitenspaltung“ ist hoch, zumal sie keinem politischen Lager zugeordnet sind.

Die Politik spielt tendenziell NGOs und Gewerkschaften gegeneinander aus: Obwohl NGOs grundsätzlich immer wieder gerne in die Politik eingebunden werden, erfolgt dies doch unzuverlässig, beliebig und intransparent; und meist alternativ zur Einbeziehung der Gewerkschaften – oder umgekehrt (Demirović/Walk, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft – die Demokratisierung von Governance).

3. Chancen:

a) Eine Zusammenarbeit drängt sich also geradezu auf, die wechselseitigen Stärken und Schwächen passen gut zueinander: Die glaubwürdigere und politisch fundiertere Position der Zivilgesellschaft zusammen mit dem Apparat der Gewerkschaften und ihrer Möglichkeit, ArbeiterInnen und kleine Angestellte zu erreichen, sollten in einem gemeinsamen politischen Projekt gute Chancen haben, die

gesellschaftliche (ideologische) Lethargie zu verringern und die praktische politische Durchsetzungschance für fortschrittliche Anliegen, außerhalb der parlamentarischen und sozialpartnerschaftlichen Routinen, zu erhöhen. Konkrete und erlebbare Erfolge gewerkschaftlichen bzw zivilgesellschaftlichen Engagements könnten der Schlüssel sein, die Resignation der Gesellschaft vor den scheinbar unüberwindbaren „Marktkräften“ zu überwinden. Welche Akteure, wenn nicht solche Bündnisse, können glaubhaft dieses Ziel verfolgen und AN/BürgerInnen dafür gewinnen?

b) Zudem sollten solche Kooperationen tendenziell dazu beitragen, die Entwicklung beider Seiten zu fördern:

Gewerkschaften sollten durch die Teilnahme an zivilgesellschaftlichen Aktionen wieder mehr zu sozialen Bewegungen werden (Schmidt, Gewerkschaften und NGOs: Erfolge und Grenzen des coalition building, Konf: Revitalisierung von Gewerkschaften, Jena 2006), könnten also an ihre ursprüngliche Entstehung aus Basisbewegungen aktiver ArbeiterInnen anknüpfen. Derzeit führen sie Konflikte fast ausschließlich zentral gesteuert und organisiert, wobei den Belegschaften klar vordefinierte Rollen zugewiesen sind, deren exakte Erfüllung ultimativ gefordert und durchgesetzt werden muss, weil dies Bedingung des Erfolgs der Aktion ist (zB bei einem Branchenstreik). Scheitern ist nicht möglich, weil es die Glaubwürdigkeit der Organisation auf Jahre beschädigen würde (s IG Metall/Ost); dementsprechend sorgfältig muss bedacht werden, ob man sich auf einen Kampf einlässt. Das lässt strukturell und kulturell wenig Freiraum für Basis-Initiativen, die auch sonst im Organisationsleben nicht vorgesehen sind. Selbst die Zuspitzung betrieblicher Auseinandersetzungen bis hin zu Kampfmaßnahmen wird idR zentral strikt kontrolliert. Betriebsräte sind schon mangels Kampferfahrung auf die zentrale Unterstützung und Organisation angewiesen und ohnedies durch ihre Abhängigkeit vom Unternehmen und die Rechtslage (die Gerichte nehmen eine Friedenspflicht an!) tendenziell konfliktscheu.

Eine neue Kultur dezentraler, unkontrollierter aber vom Apparat prinzipiell unterstützter Aktivitäten könnte die Aktionsfähigkeit ausweiten. An sich besteht gerade innerhalb der hauptamtlichen MitarbeiterInnen der Gewerkschaften durchaus Interesse an lustvollen, kämpferischen Aktivitäten, die eine interessante Alternative zur routinisierten Arbeit darstellen. Zugleich sollte die Attraktivität der Gewerkschaften bei AN steigen und ein möglicher neuer Zugang zu Mitgliedern entstehen, die nicht in "organisierten" Betrieben (also solchen mit Betriebsrat) arbeiten. Das gesellschaftliche Ansehen aber auch die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften sollte zunehmen (Schmidt), wobei allerdings latente Konflikte mit der Kern-Mitgliedschaft zu bedenken sind (dazu u Pkt. 4).

NGOs gewinnen ihrerseits Zugang zu Expertise in Bereichen, in denen er bisher schwer oder gar nicht gegeben war. Wichtiger noch: Sie erhalten die Chance auf vertrauensvollen Kontakt zu AN aus Schichten, mit denen sie bisher gar nicht oder nur konflikt- und vorurteilsbeladen kommuniziert hatten. Solche erweiterten soziokulturellen Erfahrungen ermöglichen ihnen erst, ihre Konzepte insb der Mobilität, aber auch des Umweltschutzes, des gesellschaftlichen Umbaus usw an Lebensrealitäten anzupassen, die Ihnen bisher meist allenfalls theoretisch bekannt waren. Das kann ihre gesellschaftliche Macht und Glaubwürdigkeit nur wesentlich stärken. Diversity hilft eben, allen!

Auch ihre Organisationskultur kann sich dadurch verbreitern: Sie basiert dzt eher auf Philantropie bzw Charity (Schmidt), denn auf der gelebten Erfahrung, dass in einer Situation individueller Ohnmacht nur grundsätzlich gemeinsames Vorgehen (also Solidarität) erfolgsversprechend ist. Einer individualistischen Kultur der EinzelkämpferInnen mag ein Schuss kollektive Rigidität und Disziplin durchaus nützlich sein. Er könnte interne Verbindlichkeiten erhöhen und so zu jenem "langem Atem" verhelfen, der ihren SympathisantInnen oft fehlt. Die netzwerkartige Struktur und die Fähigkeit zu schnellen Entscheidungen sollte darunter nicht leiden.

c. Nicht zuletzt ist ein solches Bündnis wohl auch politische Voraussetzung für den wohl radikalsten, aber unvermeidbaren Umbruch der „Nachkriegs“-Ökonomie: Den Übergang zu einer nicht-fossilen Wirtschaft. Kann er nicht als eines glaubwürdigen „gerechten Übergangs“ (vgl Candeias, Strategische Probleme ..., Luxemburg 1/2011, 88) organisiert werden, sondern erfolgt marktförmig-chaotisch mit allen Verwerfungen, die entfesselte (Finanz- und Rohstoff-)Märkte in solchen Fällen produzieren, ist eine Weltwirtschaftskrise unerhörten Ausmaßes mit allen bekannten politischen Folgen wohl unausweichlich.

Die Ökopolitik ist bis heute überwiegend „eine Ein-Punkt-Politik für gutsituierte, urbane Mittelklassen“ (Candeias, 92), oder wird jedenfalls gesellschaftlich so wahrgenommen. Die Ökobewegung ist nur dort verankert und erreicht breite Bevölkerungsschichten nahezu gar nicht. Sie kann daher allein kaum eine so entscheidende, mit massiver Kapitalvernichtung gerade bei den mächtigen fossilistischen (Öl-, Auto-, ...)Konzernen einher gehende politische Auseinandersetzung gewinnen (Candeias, 93).

Die Herausforderungen eines solchen Übergangs trifft die Stammklientel der Gewerkschaften massiv. Die Versuchung, eine populistische Vogel-Strauss-Politik zu betreiben ist für sie hoch – das kann man schon jetzt gut beobachten (zB gemeinsame Aktionen von Vorstand und Konzern-BR der Voest gegen das Emissions-Zertifikate-System). Andererseits haben gerade sie im Fall einer Wirtschaftskrise am meisten zu verlieren und müssen im Interesse gerade ihrer bestorganisierten Mitglieder eine möglichst reibungslose „just transition“ mit aller Macht durchzusetzen versuchen – wenn sie denn zur Überzeugung gelangen, dass der Übergang als solcher unvermeidlich (und richtig) ist.

Sowohl die notwendige Verbreiterung ökologischer Politik um die glaubhafte Einbeziehung sozial-ökologischer Fragen, als auch die Bewusstseinsbildung bei Gewerkschaften über Notwendigkeit und Möglichkeit einer „just transition“ kann wohl nur ein breites Bündnis zwischen Ökos und Gewerkschaften bewerkstelligen. Ob ein solches Bündnis genügend politische Macht gewinnen kann, um die entscheidende politische Weichenstellung gegen die Marktgläubigen durchzusetzen, ist freilich offen. Aber anders als in einem solchen Bündnis, das scheint ziemlich klar, kann sie jedenfalls nicht gelingen.

4. **Risiken:**

Auch die Schwierigkeiten eines Bündnisses zwischen NGOs und Gewerkschaften sind offenkundig: Bündnisse können nicht nur die jeweiligen Schwächen vermindern und die Stärken kombinieren, sie können eben so sehr die jeweiligen Stärken gefährden und die schon bestehenden Schwächen noch vertiefen!

Zivilgesellschaftliche Organisationen gefährden ihre hohe Glaubwürdigkeit, wenn sie nicht nur punktuelle, sondern strukturelle Allianzen eingehen. Ihre organisatorische Schwäche kann durch das finanzielle und personelle Übergewicht der Gewerkschaften erdrückt bzw. in einem Ausmaß durch gemeinsame Projekte überlastet werden, dass die Erfüllung der „Kernaufgaben“ gefährdet wird. Ihre AktivistInnen können, wie bei den „Grünen“ verfolgbar, der österreichischen Gewohnheit der „Delegation“ politischen Handelns an neue Hoffnungsträger erliegen.

Die Gewerkschaften, deren „staatstragende“ Rolle es immerhin ermöglicht hat, die „Hartz IV“-Tendenzen in Österreich deutlich zu bremsen, flächendeckende Kollektivverträge zu erhalten und sogar auszubauen, Leiharbeit einigermaßen befriedigend zu regeln udgl. könnten diese Fähigkeit verlieren und – wie in Deutschland – Teil einer glaubwürdigeren, aber machtlosen außerparlamentarischen Opposition werden. Ihre Mitglieder und Betriebsräte, die sich von Menschenrechts- (Immigration ...) und Umwelt-AktivistInnen (autofreie Zonen ...) oft bedroht fühlen, könnten in noch vermehrtem Maß die Organisation verlassen und sich Rechtspopulisten nähern – eine gerade bei ArbeiterInnen schon dzt sehr bedrohliche Tendenz.

Zudem ist die Haltbarkeit derartiger Bündnisse ganz offen. So sehr auf der Ebene der ExpertInnen, die ja auch auf Gewerkschaftsseite ein urbanes, mittelständisches Leben führen, eine Vertrauensbasis schnell herstellbar war und ist, so zögerlich schreitet dieser Prozess auf der Basisebene voran. Hier ist die kulturelle Differenz wesentlich höher und vor allem wird die geringe Basisverankerung der meisten NGOs hinderlich spürbar: Sie sind idR nicht breit verankert, verfügen nicht über flächendeckende Organisationsstrukturen und können daher einen bundesweiten lokalen Dialog gar nicht führen. Ihre AktivistInnen sind an gemeinsamen Aktionen interessiert, seltener an kontinuierlicher gemeinsamer Arbeit mit ohnedies skeptischen "Fremden". Ähnliches gilt aber auch für die lokalen VertreterInnen der Gewerkschaften, die Betriebsräte. Sie nehmen meist ohnedies eine Mehrzahl (lokal)politischer Funktionen wahr und gewichten skeptisch den potentiellen Nutzen solchen zusätzlichen Engagements. Dies alles auf dem Hintergrund einer Entwicklung, die vom steten Rückgang kontinuierlichen gesellschaftlichen Engagements zugunsten einer steigenden Bereitschaft zu spontanem, aber eben nur kurzfristigem, intensivem Engagement geprägt ist.

Gewerkschaften sind in ihren internen Entscheidungen aber wesentlich durch Betriebsräte, vor allem BRVs bestimmt sind. Deren Haltung ist besonders durch Alltags-Pragmatik und häufiges Lavieren zwischen dem, aus ihrer Sicht „doppelten“ Druck einerseits der Gewerkschaften, andererseits aber

des lokalen Managements bestimmt. Ihre Überzeugung ist aber eine Kernbedingung für den Erfolg der Strategie, da nur sie unmittelbar auf Betriebsebene, und oft auch auf lokalpolitischer Ebene, informieren und agitieren (können). Gewerkschaftsstrukturen sind faktisch auf die Betreuung der BR(V)s, nur mittelbar und im „Servicebereich“ auf die direkte Betreuung der Mitglieder angelegt. Gelingt es nicht die Betriebsräte zu gewinnen, ist die Bündnisfähigkeit der Gewerkschaften mittelfristig bedroht.

5. Taktische Fragen:

Es gilt also, differenzierte, flexible Lösungen zu finden und den Prozess nachhaltig und so zu gestalten, dass unvermeidbare Rückschläge ihn nicht existentiell gefährden. Beide Seiten müssen eine „Doppelstrategie“ verfolgen, die die Chancen nützt ohne die Risiken zu aktualisieren. Deren klares Erkennen und offenes, internes Benennen ist unverzichtbar. Ein gewisses Mass an Pragmatismus muss unzweifelhaft in Kauf genommen werden - auch wenn gerade das für die ohnedies in zu hohem Ausmaß pragmatischen Gewerkschaften nicht ungefährlich ist. Bewusstes Risikominimieren und das Verständnis für die diesbezüglichen Nöte der Partner dürfte unumgänglich sein.

So ist es unabdingbar, von vornherein nicht nur auf „ExpertInnenebene“ zusammen zu arbeiten, sondern die Basis aller kooperierenden Bewegungen zu vernetzen. Gerade eine solche Zusammenarbeit der AktivistInnen und Mitglieder wird aber nur schrittweise erreichbar sein und muss so erfolgen, dass gemeinsame Aktivitäten und Erfolge die kulturellen Unterschiede überbrücken; auf „ExpertInnen“ebene lassen sich leichter Übereinstimmungen finden. Wo NGOs mangels entsprechend zahlreicher AktivistInnen keinen kontinuierlichen Dialog führen können, werden gewerkschaftsinterne Kommunikationsmittel, wie insbes. die Einladung von NGO-VertreterInnen in Kurse, interne Treffen usw weiterhelfen können. Grundregel aber bleibt: Persönliche Erfahrungen mit vorher "Fremden" aus gemeinsamen, erfolgreichen Kämpfen sind die beste Basis für nachhaltiges Vertrauen. Nur so kann das derzeitige Stadium von (überwiegend) nur Austausch- und Verständigungsprozessen (Demirović/Walk, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft – die Demokratisierung von Governance) in Richtung gemeinsamer politischer Aktion überwunden werden. Eine gute Mischung aus top-down-Ermutigung und zunehmenden, selbstorganisierten bottom-up-Aktionen innerhalb der Gewerkschaften wird dazu nötig sein.

Gewerkschaften werden die Frage grundsätzlicher Neuorientierung weg von der fossilistischen Wirtschaft und damit verbundener gewerkschaftlicher Strategien mit ihren Mitgliedern in direktem Kontakt diskutieren müssen - so mühevoll und arbeitsaufwändig das notwendiger Weise ist. Dabei kann auf das Wissen und die Erfahrung ökologischer Organisationen zurückgegriffen werden, nur selten aber auf deren Personal: Ein grundsätzliches persönliches Vertrauen ist gerade beim Überbringen „schlechter Nachrichten“ unerlässlich, soll anschließend gemeinsam ein gangbarer Weg gefunden werden. Nur so kann auch tendenziell populistischen Störmanövern aus der rechten Ecke begegnet werden. Niemand soll sich aber täuschen: Je prekärer die Lebenssituation von AN ist, umso geringer ist die Chance überhaupt Kontakt aufnehmen zu können, geschweige denn Gehör zu finden! Und: Die Chan-

ce der Gewerkschaften zu persönlichem Zugang gilt nur für Betriebe, die organisiert sind und hat zur Voraussetzung, dass Betriebsräte das Thema für ernst genug halten, es auf der – oft nur einmal jährlich stattfindenden – Betriebsversammlung zu erörtern. Dieser Stellenwert der Frage muss erst erarbeitet werden. Weitere Formen unmittelbarer Kommunikation, zB auf lokaler Ebene werden gefunden werden müssen. Die „Hoheit über die Stammtische“ kann nur gewinnen, wer dort sitzt.

Das Auftreten in der Öffentlichkeit wird manchmal nur intern abgestimmt sein, ohne dass das jeweilige Bündnis als solches sichtbar wird. So bleibt „Elitenspaltung“, primär durch die NGOs, möglich; „überraschend“ übereinstimmende Positionen mit AK und Gewerkschaften, zB in Ökofragen können gezielt zum Unterlaufen reaktionär-ökologischer Strategien genützt werden und haben idR hohen Öffentlichkeitswert. Briefe und Artikel mit identen Inhalten bei unterschiedlicher Wortwahl haben höhere Chancen die Öffentlichkeit zu erreichen. Spitzenpolitiker reagieren irritiert, wenn „extremistische“ Öko-Forderungen plötzlich auch von „seriösen“ Gewerkschaften erhoben werden, oder der von diesen gewohnte Ruf nach Arbeitszeitverkürzung plötzlich von Attac oder global2000 (im Rahmen zB der Pflegedebatte) erhoben wird.

Andererseits können langfristig und öffentlich gut sichtbar angelegte Bündnisse zu konkreten Themenfeldern oder zwischen bestimmten Organisationen/Organisationsteilen allein durch ihre Existenz Druck auf die mainstream-Politik bewirken. Dabei wird strikte „Überparteilichkeit“ notwendig sein, um den beteiligten NGOs nicht zu schaden, aber auch den SPÖ-Einfluss der ÖGB-Spitze nicht zu gefährden. Daher ist eine Beteiligung des ÖGB als Gesamtorganisation an zivilgesellschaftlichen Allianzen eher unsinnig, da sie auf beiden Seiten die eben beschriebene Gefahr aktualisieren würde. Der auch faktisch gewählte Weg der Bündnisse (nur) mit Fachgewerkschaften ist wesentlich klüger. Auch die Einbeziehung anderer Teilorganisationen des ÖGB, wie etwa von Landesorganisationen ist gut denkbar.

Die unterschiedlichen Organisationsstrukturen könnten themenspezifisch und aktivistisch zielgerichtet genützt werden: NGOs sind idR nur über das web großflächig mobilisierungsfähig, aber regional hoch aktionsfähig. Gewerkschaften können großflächige Kampagnen in direktem Kontakt zu ihrer Mitgliedschaft führen, wenn Themen gefunden werden, die auch innerhalb dieser politikfähig sind. Dadurch können Internet-Kampagnen wirksam ausgeweitet, vor allem aber ggf bundesweite Aktionen durchgeführt werden, sobald gemeinsame positive Erfahrungen sich herumgesprochen haben. Noch fehlt es daran, aber auch an überzeugenden Aktionsformen: Die „Latsch-Demo“ wie auch der „Aktions-Tisch“ dürften ausgedient haben; vergnüglicherer, lustvollerer Ersatz (Rasen am Ring, ...) ist nur im Ansatz in Sicht.

Ein Konzept zur gezielten Entwicklung von Allianzen zwischen NGOs und Gewerkschaften ist ohnedies wegen der vielfältigen und unterschiedlich strukturierten Handlungsfelder, aber wohl auch wegen der Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung schwierig zu entwickeln. Es kann und soll immer nur „work in progress“ sein. Dazu sollte eine wissenschaftlich gestützte, offene und solidarische politische Diskussion wesentliche Beiträge liefern.